

Problemfall Investitionen

Unternehmen haben in der Pandemie weniger investiert. Neue Zahlen zeigen: Es ist kaum Besserung in Sicht. Damit sind Wachstum und **Energiewende gefährdet.**

Deutschland hat ein Investitionsproblem. Für 2022 rechnet der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mit einem Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von 3,5 Prozent. Das geht aus einem Schreiben des DIHK hervor, das dem Handelsblatt vorliegt. Die Prognose deuten Ökonomen als besorgniserregend, weil mit einem erheblich stärkeren Anstieg gerechnet wurde. Ein derart schwacher Wert hätte auch einen größeren negativen Einfluss "auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum", sagt Oliver Rakau von Oxford Economics. Die Prognose basiert auf Umfragen bei 28.000 Firmen.

2020 waren die Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und Ausstattung massiv eingebrochen, 2021 gab es nur ein leichtes Wachstum. Der Sachverständigenrat war daher für 2022 von einem Plus von sieben Prozent ausgegangen. Eine "robuste Ausweitung" deute sich an, schrieben die Wirtschaftsweisen. Der DIHK macht nun deutlich, dass das aller Voraussicht nach nicht eintreten werde. "Der Standort Deutschland steht vor gravierenden Schwierigkeiten bei der Investitionstätigkeit", sagt Gabriel Felbermayr, Präsident des Wifo-Instituts.

Die Bundesregierung hat das Problem erkannt. "Wenn wir in Richtung **erneuerbare Energien** gehen wollen, wenn wir unsere Wirtschaft digitalisieren wollen, dann brauchen wir eine riesige Menge an Investitionen", sagte der oberste Wirtschaftsberater von Kanzler Olaf Scholz, Jörg Kukies. Dafür will die Bundesregierung umfangreiche Programme starten - einerseits durch staatliche Investitionen, andererseits durch Abbau von Bürokratie. J. Olk.

Problemfall Investitionen

Es ist ein deutliches Alarmsignal, das der Chef des DIHK ins Land sendet. In einem Brief an die 79 Industrie- und Handelskammern (IHK) in Deutschland dämpft Martin Wansleben jeden Optimismus, dass die Wirtschaft schnell auf Wachstum schalten werde. "Die aktuellen Zahlen bestätigen diese Hoffnungen leider nicht", heißt es in dem Schreiben, das dem Handelsblatt vorliegt.

Was Wansleben zu diesem Warnruf veranlasst hat, ist vor allem die schwache Prognose von 3,5 Prozent für die deutschlandweiten Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2022. Mehr als elf Prozent betrug der Dämpfer bei den Investitionen im Jahr 2020. Im Folgejahr konnte die deutsche Wirtschaft nur knapp über drei Prozent aufholen. So bleiben die Investitionen weit vom Vorkrisenniveau entfernt - und das wird sich angesichts der DIHK-Prognose wohl auch erst einmal nicht ändern.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen seien aktuell erst 90 Prozent des Niveaus von 2019 erreicht, schreibt Wansleben an die IHKs: "Allein um die Substanz zu erhalten, müssten es längst schon weit mehr als 100 Prozent sein - vom zusätzlichen Investitionsbedarf im Rahmen der anstehenden Transformation unserer Volkswirtschaft ganz zu schweigen."

Die Einschätzungen der DIHK sind ein deutlich negativ gefärbtes Zeichen sowohl für die kurz- als auch für die langfristige Entwicklung der deutschen Wirtschaft. "Die Investitionszahlen kommen ohnehin von einem niedrigen Niveau. Sollte sich das schwache Wachstum in 2022 bewahrheiten, wäre das umso gravierender", sagt Oliver Rakau von Oxford Economics.

Die deutsche Investitionsblockade zeigt sich schon seit Jahren, doch spitzt sie sich aktuell offenbar gravierend zu. "Die graduelle Verschlechterung der Standortqualität macht Investitionen unattraktiv", warnt Wifo-Präsident Gabriel Felbermayr. Die ökologische Transformation der Wirtschaft steht auf dem Spiel.

Doch woher rührt die Investitionsabneigung? Und wie kann der Staat dafür sorgen, dass die Unternehmen bereit sind, mehr Geld zu investieren?

Aktuell ist die Investitionstätigkeit besonders stark durch die globalen Lieferengpässe eingeschränkt. Martin Gornig, Industriepolitik-Direktor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), erklärt: "Was sollen die Unternehmen in neue Ausrüstung investieren, wenn sie von den Zulieferern im Moment ohnehin nichts bekommen können?"

Zur Jahresmitte erwarten die meisten Konjunkturexperten zwar, dass die Lieferengpässe sich auflösen. Dann könnten auch die Investitionen wieder anziehen. Doch die deutsche Wirtschaft investierte schon vor Corona wenig. Es ist offensichtlich, dass fundamentale Probleme bestehen.

"Über die Lieferengpässe hinaus gibt es eine ganze Batterie an Unsicherheiten für die Wirtschaft, die zu der Investitionszurückhaltung führen", sagt Oliver Holtemöller, Konjunkturchef am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Die

grundsätzliche Diagnose: Die Unternehmen sind verunsichert - auch durch die Politik.

Das gilt unter anderem für die Entwicklung der Preise. Die Erzeugerpreise stiegen zuletzt noch deutlich stärker als die Preise für Verbraucher an. Im Dezember hatten sie um 24 Prozent zugelegt. Die steigenden Kosten sorgen dafür, dass den Unternehmen kein Geld für Investitionen bleibt oder sie später zu günstigeren Konditionen investieren wollen.

Zwar besteht die Hoffnung, dass die Inflation mit dem Ende der Lieferengpässe wieder zurückgeht. Doch sicher ist das nicht. Bundesbank-Präsident Joachim Nagel erklärte erst diese Woche, dass über das Jahr ein Anstieg der Verbraucherpreise von mehr als vier Prozent wahrscheinlich sei.

Ein Faktor für eine anhaltend hohe Teuerung könnte die **Energiewende** sein. Zwar folgt die aktuell hohe Inflation vor allem aus den stark steigenden Weltmarktpreisen für Gas und Öl. "Doch unter anderem die Klimapolitik könnte dafür sorgen, dass die Preise weiter hoch bleiben. Dadurch kann sie die Investitionsblockade verstetigen", warnt Wifo-Präsident Felbermayr. Die Klimapolitik dürfte die Verbraucherpreise bis zum Ende des Jahrzehnts für sich genommen um etwa 2,5 Prozent erhöhen, schätzt die Konjunkturabteilung der Commerzbank. Hinzu käme der Effekt der CO₂-Abgabe, der eine ähnliche Größenordnung haben werde.

Generell sorgt die **Energiewende** für Verunsicherung in der Wirtschaft und damit für die Zurückhaltung bei den Investitionen. Die Regierung verfolgt unter anderem den Ansatz, durch öffentliche Gelder private Investitionen anzuschieben. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will etwa mit sogenannten Differenzverträgen die Unternehmen bei Investitionen in ökologische Technologien unterstützen.

Finanziert werden sollen die Verträge aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) des Bundes. Der KTF soll als zentrales Finanzierungsinstrument fungieren, um mit Staatsgeld private Investitionen anzuschieben. Kürzlich hat der Gesetzgeber weitere 60 Milliarden Euro in den Fonds transferiert. Experten stellen jedoch infrage, ob das eine effiziente Herangehensweise ist. Das Vorgehen sei "alles andere als klug", kommentiert Wifo-Chef Felbermayr: "Wenn das staatliche Füllhorn gerade mit Geld beladen wird, dann habe ich doch als privater Unternehmer Anreize, Investitionen zunächst zurückzuhalten und auf das öffentliche Geld zu warten."

Berechnungen des IWH bestätigen das. Die privaten Investitionen fallen durch die Maßnahmen des KTF demnach jährlich bloß zwischen 0,1 und 0,5 Prozent höher aus. "Die zu erwartenden Effekte der Mehrausgaben sind somit eher gering", konstatieren die Forscher um Holtemöller.

Politik soll für klaren Rahmen sorgen Was ist die Alternative? "Die Politik muss bei all diesen Themen einen klaren Rahmen setzen, sonst investieren Unternehmen nicht", fordert Holtemöller. Der Staat müsse eine große Rolle spielen, meint Scholz' Wirtschaftsberater Kukies - allerdings nicht vorrangig über die Bereitstellung öffentlicher Mittel. "Meine Priorität ist: Was können wir an unserem Rahmenwerk tun, wie können wir private Investitionen ankurbeln, um all diese Dinge zu finanzieren?", sagte Kukies.

Wirtschaftswissenschaftler sind sich weitgehend einig, dass die von der Regierung geplanten Erleichterungen bei Bürokratie und Planungsrecht ein guter Anfang seien. Es müsse aber noch viel mehr geschehen.

Die hohen Unternehmensteuern in Deutschland werden seit Jahren als Nachteil im internationalen Standortwettbewerb vorgebracht. Steuersenkungen hat die Ampel aber ausgeschlossen.

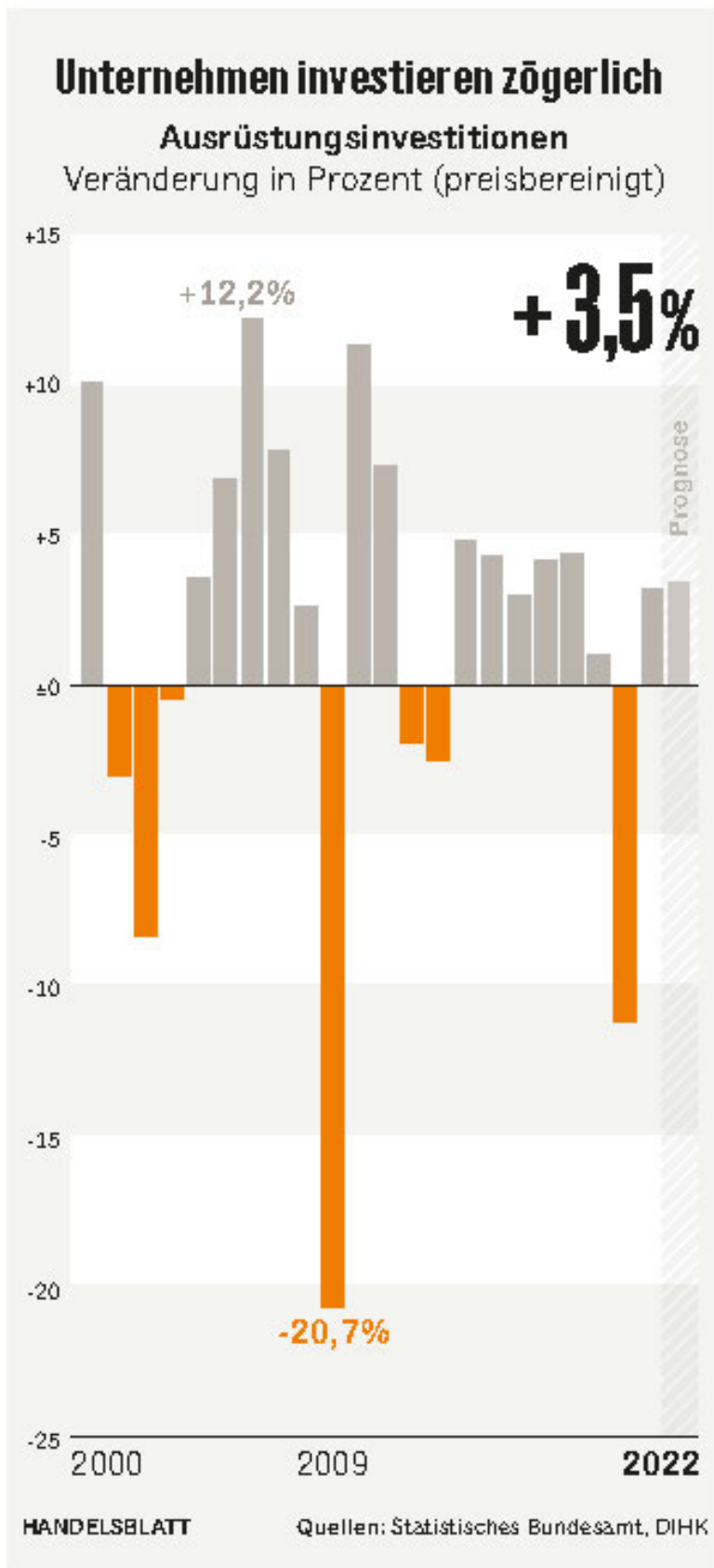
Stattdessen sollte ein Programm für Superabschreibungen die Unternehmen steuerlich entlasten. Finanzminister Christian Lindner (FDP) will das jedoch wohl auf das nächste und übernächste Jahr verschieben. In der Bundesregierung verweist man darauf, dass Investitionsanreize derzeit angesichts der Lieferprobleme wenig weiterhelfen würden.

Die Probleme wirken sich nicht nur auf die Ausrüstungsinvestitionen aus. Erstmals seit zehn Jahren sind 2020 auch die Ausgaben für Innovationen gesunken: um 3,6 Prozent auf 170,5 Milliarden Euro. Das zeigt das kürzlich veröffentlichte Innovationspanel des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

Letztendlich macht DIHK-Chef Wansleben in seinem Schreiben klar, wie groß die Herausforderung ist, um die Investitionsblockade zu lösen: "Für einen Aufschwung braucht es in unserer gesamten Wirtschaft einen viel größeren Schub." Julian Olk

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Der Standort Deutschland steht vor gravierenden Schwierigkeiten. Gabriel Felbermayr Präsident Wifo-Institut Was sollen die Unternehmen in neue Ausrüstung investieren, wenn sie von den Zulieferern im Moment ohnehin nichts bekommen können? Martin Gornig Industriepolitik-Direktor am DIW



Handelsblatt Nr. 030 vom 11.02.2022

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Deutschland: Ausrüstungsinvestitionen - Preisbereinigte Veränderung zum Vorjahr in Prozent 2000 bis 2022 (VWL / Grafik)

*Olk, J.
Olk, Julian*

Quelle: Handelsblatt print: Heft 30/2022 vom 11.02.2022, S. 3


Ressort: Specials

Dokumentnummer: 7650C0FA-51DB-48AC-A560-778939DD5517

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_7650C0FA-51DB-48AC-A560-778939DD5517%7CHBPM_7650C0FA-51DB-48AC-A560-778939DD5517

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH